

Migrations- und Integrationsrecht

Decker / Bader / Kothe

2021

ISBN 978-3-406-77516-1

C.H.BECK

Migrations- und Integrationsrecht

Kommentar

Herausgegeben von

Dr. Andreas Decker

Richter am BVerwG, Leipzig

Prof. Johann Bader

Rechtsanwalt, Stuttgart

Prof. Dr. Peter Kothe

Rechtsanwalt, Stuttgart; Lehrbeauftragter an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen, Ludwigsburg

2. Auflage 2021



C.H. BECK

Zitiervorschlag:
BeckOK MigR/Bearbeiter AufenthG § 1 Rn. 1


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 77516 1

© 2021 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Eberl & Koesel GmbH & Co. KG
Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark
Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Bearbeiterverzeichnis

Matthias Beiderbeck	Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, München
Kathrin Biereder-Groschup .	Rechtsanwältin, Fachanwältin für Strafrecht und Fachanwältin für Migrationsrecht, Mannheim
Jürgen Blechinger	Jurist und Referent für Flucht und Migration, Evangelischer Oberkirchenrat / Diakonisches Werk Baden, Karlsruhe; Lehrbeauftragter an der Evangelischen Hochschule Freiburg
Walter Böttiger	Richter am Landessozialgericht, Stuttgart
Katharina Camerer	Rechtsanwältin, Fachanwältin für Migrationsrecht, München
Dr. Andreas Decker	Richter am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig; Lehrbeauftragter an der Universität Augsburg
Dr. Andrea Diehl, M.J.I.	Richterin am Verwaltungsgericht; Ministerium der Justiz und für Migration, Stuttgart
Dr. Martin Diesterhöft	Richter am Verwaltungsgericht, Freiburg
Dr. Lars Dittrich	Richter am Verwaltungsgericht; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesverfassungsgericht, Karlsruhe
Prof. Dr. Andreas Engels	Richter am Verwaltungsgericht, Köln; außerplanmäßiger Professor an der Universität zu Köln
Anja Ewald	Rechtsanwältin, Frankfurt a. M.
Wolfgang Faßbender	Rechtsanwalt, Sindelfingen
Brigitte Gerstner-Heck	Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht a.D., Karlsruhe
Daniel Gräsel	Richter am Verwaltungsgericht, Stuttgart
Dr. Walter Hänle	Oberregierungsrat, Geschäftsstelle des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, München
Ingrid Hönlinger	Rechtsanwältin, Ludwigsburg; Vorsitzende des für Baden-Württemberg zuständigen Prüfungsausschusses „Fachanwalt für Migrationsrecht“ der Rechtsanwaltskammer Stuttgart
Günter Katzer	Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, München
Dominik Keicher	Rechtsreferendar am Landgericht Tübingen; Doktorand am Lehrstuhl Prof. Dr. Jochen von Bernstorff, LL.M., Eberhard-Karls-Universität Tübingen
Dr. iur. utr. Sebastian Klappert	Persönlicher Referent des Beauftragten für Aussiedlerfragen und Nationale Minderheiten, Berlin; Lehrbeauftragter an der juristischen Fakultät der Universität zu Köln
Prof. Dr. Peter Kothe	Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht und Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht, Stuttgart; Lehrbeauftragter an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen, Ludwigsburg
Ass. Prof. Dr. Joachim Kretschmer	Türkisch-Deutsche Universität Istanbul; Rechtsanwalt, Berlin; Lehrbeauftragter an der Donau-Universität Krems
Simon Letsche	Parlamentsrat, Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart
Bettina Offer, LL.M.	Rechtsanwältin, Frankfurt a. M.
Prof. Dr. Marei Pelzer	Professorin am Fachbereich Sozialwesen, Hochschule Fulda
Claudia Protz	Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht, Karlsruhe
Martin Redeker	Vorsitzender Richter am Oberverwaltungsgericht, Greifswald
Sebastian Röder, LL.M.	Rechtsanwalt, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Stuttgart; Lehrbeauftragter für Migrationsrecht an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und der Hochschule Esslingen
Dr. Julian Rössler	Legationsrat, Deutsche Botschaft Rom
Dr. Jens Schmidt	Rechtsanwalt, Saarbrücken
Horst Schneider	Vorsitzender Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshof a.D., Kassel
Jean-Claude Schöninger	Rechtsanwalt, Fachanwalt für Migrationsrecht, Verwaltungsrecht und Medizinrecht, Lahr

Bearbeiterverzeichnis

Daniel Sigg	Regierungsrat, Mannheim
Dr. Samuel Thomann	Richter am Verwaltungsgericht; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig
Daniel Vollrath	Richter am Verwaltungsgericht, Stuttgart
Dr. Moritz Votteler	Rechtsanwalt und Avocat, Leinfelden-Echterdingen; Lehrbeauftragter für Datenschutzrecht an der Universität Stuttgart
Manfred Weidmann	Rechtsanwalt, Tübingen
Jan Werner	Rechtsanwalt, Eschborn
Dr. Philipp Wittmann	Richter am Verwaltungsgericht; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am BVerfG, Karlsruhe; Lehrbeauftragter für Migrationsrecht an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. und der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Gerda Zimmerer	Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, München


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Kaum eine andere Materie steht so im Fokus von Politik, Gesellschaft und Rechtsprechung wie das Migrations- und Integrationsrecht. Kein anderes Rechtsgebiet ist zudem so zahlreichen, oftmals grundlegenden Änderungen unterworfen. Da bleiben Systematik und Dogmatik oftmals auf der Strecke. Hinzu kommen vielfältige Verschränkungen des nationalen Rechts mit Völkerrecht, wie etwa der Europäischen Menschenrechtskonvention oder der Genfer Flüchtlingskonvention, und Unionsrecht (zB Grundrechtecharta, Aufnahmerichtlinie, Qualifikationsrichtlinie, Dublin-III-Verordnung). Das macht es für den Rechtsanwender schwierig, den Überblick zu behalten.

Das vorliegende Printwerk, das einer guten Tradition des Hauses C. H. Beck folgend aus dem bereits verfügbaren Online-Kommentar hervorgegangen ist, will durch die Erläuterung grundlegender Regelwerke des internationalen und nationalen Migrations- und Integrationsrecht einschließlich des Sozialleistungsrechts dem Anwender den notwendigen Durchblick im Artikel- und Paragraphenschwung vermitteln. Dabei wird das in der Bundesrepublik Deutschland geltende Recht, der Normhierarchie folgend, anschaulich dargestellt und entsprechend dem Bedeutungsgrad sachangemessen kommentiert.

Das hinter dem Werk stehende Autorenteam setzt sich aus Personen zusammen, die überwiegend über eine langjährige praktische Erfahrung im Migrations- und Integrationsrecht verfügen, sei es in der Rechtsberatung, in behördlichen Tätigkeiten oder in einer richterlichen Verwendung. Hierdurch wird die Praxisnähe des Werkes sichergestellt.

Verlag und alle am Werk beteiligten Personen hoffen, mit dem vorliegenden Kommentar zum Migrations- und Integrationsrecht ein Kompendium geschaffen zu haben, das Licht in das Dunkel dieses Rechtsgebiets bringt und dem Anwender bei der täglichen Arbeit stets eine verlässliche Hilfe ist. Der Rechtsstand des Werkes ist der 1. Mai 2021.

Kein Kommentar ist so gut, dass er nicht verbessert werden könnte. Verlag, Herausgeber und Autorenteam freuen sich daher über Anregungen und Verbesserungsvorschläge, aber auch über konstruktive Kritik, die an den Verlag gerichtet werden möge.

München, im August 2021

Dr. Andreas Decker

Prof. Johann Bader

Prof. Dr. Peter Kothe

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort	VII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIX
Vorbemerkungen	1

Internationaler und europäischer Rechtsrahmen mit FreizügG/EU Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (GFK)

Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1	Definition des Begriffs „Flüchtling“	5
Art. 2	Allgemeine Verpflichtungen	28
Art. 3	Verbot unterschiedlicher Behandlung	30
Art. 4	Religion	33
Art. 5	Unabhängig von diesem Abkommen gewährte Rechte	35
Art. 6	Der Ausdruck „unter den gleichen Umständen“	36
Art. 7	Befreiung von der Gegenseitigkeit	38
Art. 8	Befreiung von außergewöhnlichen Maßnahmen	41
Art. 9	Vorläufige Maßnahmen	45
Art. 10	Fortdauer des Aufenthaltes	46
Art. 11	Geflüchtete Seeleute	48

Kapitel II. Rechtsstellung

Art. 12	Personalstatut	51
Art. 13	Bewegliches und unbewegliches Eigentum	57
Art. 14	Urheberrecht und gewerbliche Schutzrechte	59
Art. 15	Vereinigungsrecht	62
Art. 16	Zugang zu den Gerichten	65

Kapitel III. Erwerbstätigkeit

Art. 17	Nichtselbständige Arbeit	69
Art. 18	Selbständige Tätigkeit	76
Art. 19	Freie Berufe	80

Kapitel IV. Wohlfahrt

Art. 20	Rationierung	84
Art. 21	Wohnungswesen	86
Art. 22	Öffentliche Erziehung	88
Art. 23	Öffentliche Fürsorge	92
Art. 24	Arbeitsrecht und soziale Sicherheit	96

Kapitel V. Verwaltungsmaßnahmen

Art. 25	Verwaltungshilfe	103
Art. 26	Freizügigkeit	110
Art. 27	Personalausweise	117
Art. 28	Reiseausweise	119
Art. 29	Steuerliche Lasten	129
Art. 30	Überführung von Vermögenswerten	132
Art. 31	Flüchtlinge, die sich nicht rechtmäßig im Aufnahmeland aufhalten	135
Art. 32	Ausweisung	141
Art. 33	Verbot der Ausweisung und Zurückweisung	148
Art. 34	Einbürgerung	161

Kapitel VI. Durchführungs- und Übergangsbestimmungen

Art. 35	Zusammenarbeit der staatlichen Behörden mit den Vereinten Nationen	163
---------	--	-----

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Art. 36	Auskünfte über innerstaatliche Rechtsvorschriften 167
Art. 37	Beziehung zu früher geschlossenen Abkommen 169

Kapitel VII. Schlußbestimmungen

Art. 38	Regelung von Streitfällen 170
Art. 39	Unterzeichnung, Ratifikation und Beitritt 172
Art. 40	Klausel zur Anwendung auf andere Gebiete 174
Art. 41	Klausel für Bundesstaaten 176
Art. 42	Vorbehalte 178
Art. 43	Inkrafttreten 180
Art. 44	Kündigung 181
Art. 45	Revision 182
Art. 46	Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen 185

Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK)

– in Auszügen kommentiert –

Art. 1	Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte 188
Art. 2	Recht auf Leben 190
Art. 3	Verbot der Folter 192
Art. 4	Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit 207
Art. 5	Recht auf Freiheit und Sicherheit 208
Art. 6	Recht auf ein faires Verfahren 216
Art. 7	Keine Strafe ohne Gesetz 219
Art. 8	Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens 220
Art. 9	Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit 232
Art. 10	Freiheit der Meinungsäußerung 233
Art. 11	Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit 236
Art. 12	Recht auf Eheschließung 238
Art. 13	Recht auf wirksame Beschwerde 239
Art. 14	Diskriminierungsverbot 241
Art. 15	Abweichen im Notstandsfall 243
Art. 16	Beschränkungen der politischen Tätigkeit ausländischer Personen 244
Art. 17	Verbot des Missbrauchs der Rechte 245
Art. 18	Begrenzung der Rechtseinschränkungen 245

Charta der Grundrechte der Europäischen Union (2007/C 303/01)

– in Auszügen kommentiert –

Art. 1	Würde des Menschen 246
Art. 2	Recht auf Leben 248
Art. 3	Recht auf Unversehrtheit 249
Art. 4	Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung 250
Art. 5	Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit 252
Art. 6	Recht auf Freiheit und Sicherheit 253
Art. 7	Achtung des Privat- und Familienlebens 255
Art. 8	Schutz personenbezogener Daten 257
Art. 9	Recht, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen 258
Art. 10	Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit 259
Art. 11	Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit 261
Art. 12	Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit 262
Art. 13	Freiheit der Kunst und der Wissenschaft 264
Art. 14	Recht auf Bildung 264
Art. 15	Berufsfreiheit und Recht zu arbeiten 265
Art. 16	Unternehmerische Freiheit 267
Art. 17	Eigentumsrecht 268
Art. 18	Asylrecht 269
Art. 19	Schutz bei Abschiebung, Ausweisung und Auslieferung 270
Art. 20	Gleichheit vor dem Gesetz 272

		Seite
Art. 21	Nichtdiskriminierung	272

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)
– in Auszügen kommentiert –

Zweiter Teil. Nichtdiskriminierung und Unionsbürgerschaft

Art. 18	Diskriminierungsverbot	275
Art. 19	Antidiskriminierungsmaßnahmen	277
Art. 20	Unionsbürgerschaft	280
Art. 21	Freizügigkeit	283

Dritter Teil. Die internen Politiken und Maßnahmen der Union

Titel IV. Die Freizügigkeit, der freie Dienstleistungs- und Kapitalverkehr

Kapitel 1. Die Arbeitskräfte

Art. 45	Freizügigkeit der Arbeitnehmer	286
Art. 46	Maßnahmen zur Herstellung der Freizügigkeit	289
Art. 47	Austausch junger Arbeitskräfte	290
Art. 48	Sicherstellung der Ansprüche und Leistungen auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit	290

Kapitel 2. Das Niederlassungsrecht

Art. 49	Niederlassungsfreiheit	291
Art. 50	Maßnahmen zur Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit	293
Art. 51	Ausübung öffentlicher Gewalt	294
Art. 52	Öffentliche Ordnung; Sicherheit; Gesundheit	295
Art. 53	Gegenseitige Anerkennung von Diplomen; Koordinierungsrechtsetzung	295
Art. 54	Gleichstellung der Gesellschaften	296
Art. 55	Diskriminierungsverbot bei Kapitalbeteiligungen	298

Kapitel 3. Dienstleistungen

Art. 56	Dienstleistungsfreiheit	299
Art. 57	Dienstleistungen	300
Art. 58	Verkehrsdienstleistungen; Kapitalverkehr	302
Art. 59	Liberalisierungsmaßnahmen	303
Art. 60	Weitergehende Liberalisierung	303
Art. 61	Übergangsregelung	303
Art. 62	Entsprechende Anwendung von Vorschriften des Niederlassungsrechts	303

Titel V. Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Kapitel 1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 67	Grundsätze	304
Art. 68	Strategische Leitlinien	305
Art. 69	Achtung des Subsidiaritätsprinzips	305
Art. 70	Kontrollsystem für nationale Durchführungsmaßnahmen	306
Art. 71	Ständiger Ausschuss „Innere Sicherheit“	306
Art. 72	Nationale Zuständigkeiten	307
Art. 73	Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten	307
Art. 74	Maßnahmen zur Verwaltungszusammenarbeit	308
Art. 75	Maßnahmen gegen Terrorismusfinanzierung	310
Art. 76	Initiativrecht	311

Kapitel 2. Politik im Bereich Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung

Art. 77	Grenzschutzpolitik	311
Art. 78	Asylpolitik	313
Art. 79	Einwanderungspolitik	317
Art. 80	Grundsatz der Solidarität	321

Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung) (Dublin III-VO)

– in Auszügen kommentiert –

Kapitel I. Gegenstand und Definitionen

Art. 1	Gegenstand	322
Art. 2	Definitionen	323

Kapitel II. Allgemeine Grundsätze und Schutzgarantien

Art. 3	Verfahren zur Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz	329
Art. 4	Recht auf Information	333
Art. 5	Persönliches Gespräch	335
Art. 6	Garantien für Minderjährige	337

Kapitel III. Kriterien zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats

Art. 7	Rangfolge der Kriterien	339
Art. 8	Minderjährige	348
Art. 9	Familienangehörige, die Begünstigte internationalen Schutzes sind	353
Art. 10	Familienangehörige, die internationalen Schutz beantragt haben	355
Art. 11	Familienverfahren	356
Art. 12	Ausstellung von Aufenthaltstiteln oder Visa	358
Art. 13	Einreise und/oder Aufenthalt	361
Art. 14	Visafreie Einreise	363
Art. 15	Antrag im internationalen Transitbereich eines Flughafens	364

Kapitel IV. Abhängige Personen und Ermessensklauseln

Art. 16	Abhängige Personen	364
Art. 17	Ermessensklauseln	366

Kapitel V. Pflichten des zuständigen Mitgliedstaats

Art. 18	Pflichten des zuständigen Mitgliedstaats	369
Art. 19	Übertragung der Zuständigkeit	371

Kapitel VI. Aufnahme- und Wiederaufnahmeverfahren

Abschnitt I. Einleitung des Verfahrens

Art. 20	Einleitung des Verfahrens	373
---------	---------------------------------	-----

Abschnitt II. Aufnahmeverfahren

Art. 21	Aufnahmegesuch	375
Art. 22	Antwort auf ein Aufnahmegesuch	378

Abschnitt III. Wiederaufnahmeverfahren

Art. 23	Wiederaufnahmegesuch bei erneuter Antragstellung im ersuchenden Mitgliedstaat	380
Art. 24	Wiederaufnahmegesuch, wenn im ersuchenden Mitgliedstaat kein neuer Antrag gestellt wurde	382
Art. 25	Antwort auf ein Wiederaufnahmegesuch	384

Abschnitt IV. Verfahrensgarantien

Art. 26	Zustellung der Überstellungsentscheidung	385
Art. 27	Rechtsmittel	388

Abschnitt V. Inhaftnahme zum Zwecke der Überstellung

Art. 28	Haft	392
---------	------------	-----

Abschnitt VI. Überstellung

Art. 29	Modalitäten und Fristen	396
Art. 30	Kosten der Überstellung	401
Art. 31	Austausch relevanter Informationen vor Durchführung einer Überstellung	403
Art. 32	Austausch von Gesundheitsdaten vor Durchführung einer Überstellung	404
Art. 33	Mechanismus zur Frühwarnung, Vorsorge und Krisenbewältigung	406

Beschluss Nr. 1/80 des Assoziationsrates vom 19. September 1980 über die Entwicklung der Assoziation (ARB 1/80)
 – in Auszügen kommentiert –

Kapitel II. Soziale Bestimmungen

Abschnitt 1. Fragen betreffend die Beschäftigung und die Freizügigkeit der Arbeitnehmer

Art. 6	408
Art. 7	414
Art. 8	420
Art. 9	421
Art. 10	423
Art. 11	425
Art. 12	425
Art. 13	426
Art. 14	432
Art. 15	435
Art. 16	435

Abschnitt 2. Sozio-kulturelle Förderung und Austausch junger Arbeitnehmer

Art. 17	436
Art. 18	436

Kapitel III. Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit

Art. 30	436
---------	-------	-----

Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (FreizügG/EU)

§ 1	Anwendungsbereich; Begriffsbestimmungen	437
§ 2	Recht auf Einreise und Aufenthalt	446
§ 3	Familienangehörige	455
§ 3a	Aufenthalt nahestehender Personen	460
§ 4	Nicht erwerbstätige Freizügigkeitsberechtigte	464
§ 4a	Daueraufenthaltsrecht	466
§ 5	Aufenthaltskarten, Bescheinigung über das Daueraufenthaltsrecht	472
§ 5a	Vorlage von Dokumenten	477
§ 6	Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt	481
§ 7	Ausreisepflicht	487
§ 8	Ausweisungspflicht	490
§ 9	Strafvorschriften	492
§ 10	Bußgeldvorschriften	494
§ 11	Anwendung des allgemeinen Aufenthaltsrechts; Ausnahmen von der Anwendung dieses Gesetzes	496
§ 11a	Verordnungsermächtigung	505
§ 12	Staatsangehörige der EWR-Staaten	506
§ 12a	Unionsrechtliches Aufenthaltsrecht	506
§ 13	Staatsangehörige der Beitrittsstaaten	507
§ 14	Bestimmungen zum Verwaltungsverfahren	508
§ 15	Übergangsregelung	509
§ 16	Rechtsstellung britischer Staatsangehöriger und ihrer Familienangehörigen	509

Nationales Recht
Allgemeines Verfahrensrecht
Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)
 – in Auszügen kommentiert –

Teil I. Anwendungsbereich, örtliche Zuständigkeit, elektronische Kommunikation, Amtshilfe, europäische Verwaltungszusammenarbeit

Abschnitt 2. Amtshilfe

§ 4	Amtshilfepflicht	517
§ 5	Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe	518
§ 6	Auswahl der Behörde	521
§ 7	Durchführung der Amtshilfe	522
§ 8	Kosten der Amtshilfe	522

Abschnitt 3. Europäische Verwaltungszusammenarbeit

§ 8a	Grundsätze der Hilfeleistung	523
§ 8b	Form und Behandlung der Ersuchen	524
§ 8c	Kosten der Hilfeleistung	525
§ 8d	Mitteilungen von Amts wegen	526
§ 8e	Anwendbarkeit	527

Teil II. Allgemeine Vorschriften über das Verwaltungsverfahren

Abschnitt 1. Verfahrensgrundsätze

§ 23	Amtssprache	527
§ 24	Untersuchungsgrundsatz	529
§ 26	Beweismittel	531
§ 28	Anhörung Beteiligter	532

Teil III. Verwaltungsakt

Abschnitt I. Zustandekommen des Verwaltungsaktes

§ 35	Begriff des Verwaltungsaktes	534
§ 36	Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt	535
§ 37	Bestimmtheit und Form des Verwaltungsaktes; Rechtsbehelfsbelehrung	538
§ 38	Zusicherung	539
§ 39	Begründung des Verwaltungsaktes	540
§ 40	Erkennen	543
§ 41	Bekanntgabe des Verwaltungsaktes	544
§ 42	Offenbare Unrichtigkeiten im Verwaltungsakt	546
§ 42a	Genehmigungsfiktion	547

Abschnitt 2. Bestandskraft des Verwaltungsaktes

§ 43	Wirksamkeit des Verwaltungsaktes	548
§ 44	Nichtigkeit des Verwaltungsaktes	549
§ 45	Heilung von Verfahrens- und Formfehlern	552
§ 46	Folgen von Verfahrens- und Formfehlern	553
§ 47	Umdeutung eines fehlerhaften Verwaltungsaktes	555
§ 48	Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes	557
§ 49	Widerruf eines rechtmäßigen Verwaltungsaktes	567
§ 49a	Erstattung, Verzinsung	573
§ 50	Rücknahme und Widerruf im Rechtsbehelfsverfahren	576
§ 51	Wiederaufgreifen des Verfahrens	578
§ 52	Rückgabe von Urkunden und Sachen	584

Staatsangehörigkeits- und Aufenthaltsrecht

Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

§ 1	„Deutscher“	586
§ 2	aufgehoben	592

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 3 Erwerb der Staatsangehörigkeit	592
§ 4 Geburt	604
§ 5 Erklärungsrecht des Kindes	618
§ 6 Annahme als Kind	621
§ 7 Erwerb durch Flüchtlinge und Vertriebene	627
§ 8 Einbürgerung eines Ausländers	629
§ 9 Einbürgerung von Ehegatten oder Lebenspartnern Deutscher	650
§ 10 Einbürgerung	657
§ 11 Ausschluss der Einbürgerung	676
§ 12 Ausnahmen von § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4	690
§ 12a Verurteilungen	699
§ 12b Auslandsaufenthalte	707
§ 13 Einbürgerung eines ehemaligen Deutschen	714
§ 14 Einbürgerung eines nicht im Inland niedergelassenen Ausländers	718
§ 15 aufgehoben	723
§ 16 Einbürgerungsurkunde	723
§ 17 Verlust der Staatsangehörigkeit	726
§ 18 Entlassung aus der Staatsangehörigkeit	737
§ 19 Entlassung eines unter elterlicher Gewalt oder Vormundschaft Stehenden	741
§ 20 aufgehoben	744
§ 21 aufgehoben	744
§ 22 Versagung der Entlassung	744
§ 23 Entlassungsurkunde	747
§ 24 Bestehenbleiben der deutschen Staatsangehörigkeit	750
§ 25 Erwerb ausländischer Staatsangehörigkeit	753
§ 26 Verzicht auf Staatsangehörigkeit	770
§ 27 Annahme als Kind durch einen Ausländer	775
§ 28 Verlust der Staatsangehörigkeit bei Wehrdienst in fremden Streitkräften	782
§ 29 Wahl zwischen deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit bei Volljährigkeit	791
§ 30 Bestehen der deutschen Staatsangehörigkeit	813
§ 31 Datenerhebung	821
§ 32 Mitwirkungspflicht	823
§ 33 Register	825
§ 34 Optionsverfahren	829
§ 35 Rücknahme einer rechtswidrigen Einbürgerung	831
§ 36 Einbürgerungsstatistik	851
§ 37 Ermittlung der Einbürgerungsvoraussetzungen	853
§ 38 Gebührenvorschriften	858
§ 38a Ausstellung von Urkunden	862
§ 39 aufgehoben	863
§ 40 aufgehoben	863
§ 40a Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit	863
§ 40b Einbürgerung ausländischer Kinder	864
§ 40c Übergangsvorschriften	866
§ 41 Verwaltungsverfahren	867
§ 42 Strafvorschrift	868

Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (AufenthG)

Kapitel 1. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Zweck des Gesetzes; Anwendungsbereich	871
§ 2 Begriffsbestimmungen	874

Kapitel 2. Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet

Abschnitt 1. Allgemeines

§ 3 Passpflicht	883
§ 4 Erfordernis eines Aufenthaltstitels	887
§ 4a Zugang zur Erwerbstätigkeit	890

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 5	Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen 901
§ 6	Visum 907
§ 7	Aufenthaltsurlaubnis 910
§ 8	Verlängerung der Aufenthaltsurlaubnis 914
§ 9	Niederlassungserlaubnis 918
§ 9a	Erlaubnis zum Daueraufenthalt – EU 922
§ 9b	Anrechnung von Aufenthaltszeiten 925
§ 9c	Lebensunterhalt 927
§ 10	Aufenthalts-titel bei Asylantrag 929
§ 11	Einreise- und Aufenthaltsverbot 932
§ 12	Geltungsbereich; Nebenbestimmungen 945
§ 12a	Wohnsitzregelung 949
Abschnitt 2. Einreise	
§ 13	Grenzübertritt 955
§ 14	Unerlaubte Einreise; Ausnahme-Visum 957
§ 15	Zurückweisung 961
§ 15a	Verteilung unerlaubt eingereister Ausländer 967
Abschnitt 3. Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung	
§ 16	Grundsatz des Aufenthalts zum Zweck der Ausbildung 971
§ 16a	Berufsausbildung; berufliche Weiterbildung 975
§ 16b	Studium 986
§ 16c	Mobilität im Rahmen des Studiums 995
§ 16d	Maßnahmen zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen 1000
§ 16e	Studienbezogenes Praktikum EU 1010
§ 16f	Sprachkurse und Schulbesuch 1014
§ 17	Suche eines Ausbildungs- oder Studienplatzes 1019
Abschnitt 4. Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit	
§ 18	Grundsatz der Fachkräfteeinwanderung; allgemeine Bestimmungen 1028
§ 18a	Fachkräfte mit Berufsausbildung 1037
§ 18b	Fachkräfte mit akademischer Ausbildung 1038
§ 18c	Niederlassungserlaubnis für Fachkräfte 1051
§ 18d	Forschung 1056
§ 18e	Kurzfristige Mobilität für Forscher 1062
§ 18f	Aufenthaltsurlaubnis für mobile Forscher 1070
§ 19	ICT-Karte für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer 1074
§ 19a	Kurzfristige Mobilität für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer 1082
§ 19b	Mobiler-ICT-Karte 1086
§ 19c	Sonstige Beschäftigungszwecke; Beamte 1089
§ 19d	Aufenthaltsurlaubnis für qualifizierte Geduldete zum Zweck der Beschäftigung ... 1096
§ 19e	Teilnahme am europäischen Freiwilligendienst 1101
§ 19f	Ablehnungsgründe bei Aufenthaltstiteln nach den §§ 16b, 16c, 16e, 16f, 17, 18b Absatz 2, den §§ 18d, 18e, 18f und 19e 1102
§ 20	Arbeitsplatzsuche für Fachkräfte 1112
§ 20a	aufgehoben 1118
§ 20b	aufgehoben 1118
§ 20c	aufgehoben 1118
§ 21	Selbständige Tätigkeit 1119
Abschnitt 5. Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen	
§ 22	Aufnahme aus dem Ausland 1125
§ 23	Aufenthalts-gewährung durch die obersten Landesbehörden; Aufnahme bei besonders gelagerten politischen Interessen; Neuansiedlung von Schutzsuchenden 1127
§ 23a	Aufenthalts-gewährung in Härtefällen 1131
§ 24	Aufenthalts-gewährung zum vorübergehenden Schutz 1133
§ 25	Aufenthalt aus humanitären Gründen 1136

	Seite
§ 25a Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden ..	1153
§ 25b Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration	1166
§ 26 Dauer des Aufenthalts	1182

Abschnitt 6. Aufenthalt aus familiären Gründen

§ 27 Grundsatz des Familiennachzugs	1189
§ 28 Familiennachzug zu Deutschen	1199
§ 29 Familiennachzug zu Ausländern	1209
§ 30 Ehegattennachzug	1214
§ 31 Eigenständiges Aufenthaltsrecht der Ehegatten	1221
§ 32 Kindernachzug	1228
§ 33 Geburt eines Kindes im Bundesgebiet	1235
§ 34 Aufenthaltsrecht der Kinder	1238
§ 35 Eigenständiges, unbefristetes Aufenthaltsrecht der Kinder	1240
§ 36 Nachzug der Eltern und sonstiger Familienangehöriger	1245
§ 36a Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten	1250

Abschnitt 7. Besondere Aufenthaltsrechte

§ 37 Recht auf Wiederkehr	1256
§ 38 Aufenthaltstitel für ehemalige Deutsche	1263
§ 38a Aufenthaltserlaubnis für in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union langfristige Aufenthaltserlaubnisträger	1268

Abschnitt 8. Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit

§ 39 Zustimmung zur Beschäftigung	1273
§ 40 Versagungsgründe	1280
§ 41 Widerruf der Zustimmung und Entzug der Arbeitserlaubnis	1283
§ 42 Verordnungsermächtigung und Weisungsrecht	1283

Kapitel 3. Integration

§ 43 Integrationskurs	1285
§ 44 Berechtigung zur Teilnahme an einem Integrationskurs	1288
§ 44a Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs	1293
§ 45 Integrationsprogramm	1299
§ 45a Berufsbezogene Deutschsprachförderung; Verordnungsermächtigung	1300

Kapitel 4. Ordnungsrechtliche Vorschriften

§ 46 Ordnungsverfügungen	1303
§ 47 Verbot und Beschränkung der politischen Betätigung	1306
§ 47a Mitwirkungspflichten; Lichtbildabgleich	1308
§ 48 Ausweisrechtliche Pflichten	1309
§ 48a Erhebung von Zugangsdaten	1314
§ 49 Überprüfung, Feststellung und Sicherung der Identität	1315
§ 49a aufgehoben	1320
§ 49b aufgehoben	1320

Kapitel 5. Beendigung des Aufenthalts

Abschnitt 1. Begründung der Ausreisepflicht

§ 50 Ausreisepflicht	1320
§ 51 Beendigung der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts; Fortgeltung von Beschränkungen	1325
§ 52 Widerruf	1331
§ 53 Ausweisung	1336
§ 54 Ausweisungsinteresse	1353
§ 54a aufgehoben	1367
§ 55 Bleibeinteresse	1367
§ 56 Überwachung ausreisepflichtiger Ausländer aus Gründen der inneren Sicherheit ..	1373
§ 56a Elektronische Aufenthaltsüberwachung; Verordnungsermächtigung	1378

Abschnitt 2. Durchsetzung der Ausreisepflicht

§ 57	Zurückschiebung	1384
§ 58	Abschiebung	1388
§ 58a	Abschiebungsanordnung	1396
§ 59	Androhung der Abschiebung	1400
§ 60	Verbot der Abschiebung	1408
§ 60a	Vorübergehende Aussetzung der Abschiebung (Duldung)	1418
§ 60b	Duldung für Personen mit ungeklärter Identität	1446
§ 60c	Ausbildungsduldung	1469
§ 60d	Beschäftigungsduldung	1492
§ 61	Räumliche Beschränkung, Wohnsitzauflage, Ausreiseeinrichtungen	1508
§ 62	Abschiebungshaft	1511
§ 62a	Vollzug der Abschiebungshaft	1527
§ 62b	Ausreisegewahrsam	1531
§ 62c	Ergänzende Vorbereitungshaft	1534

Kapitel 6. Haftung und Gebühren

§ 63	Pflichten der Beförderungsunternehmer	1537
§ 64	Rückbeförderungspflicht der Beförderungsunternehmer	1544
§ 65	Pflichten der Flughafenunternehmer	1548
§ 66	Kostenschuldner; Sicherheitsleistung	1550
§ 67	Umfang der Kostenhaftung	1558
§ 68	Haftung für Lebensunterhalt	1563
§ 68a	Übergangsvorschrift zu Verpflichtungserklärungen	1571
§ 69	Gebühren	1572
§ 70	Verjährung	1579

Kapitel 7. Verfahrensvorschriften**Abschnitt 1. Zuständigkeiten**

§ 71	Zuständigkeit	1581
§ 71a	Zuständigkeit und Unterrichtung	1603
§ 72	Beteiligungserfordernisse	1606
§ 72a	Abgleich von Visumantragsdaten zu Sicherheitszwecken	1622
§ 73	Sonstige Beteiligungserfordernisse im Visumverfahren, im Registrier- und Asylverfahren und bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln	1631
§ 73a	Unterrichtung über die Erteilung von Visa	1653
§ 73b	Überprüfung der Zuverlässigkeit von im Visumverfahren tätigen Personen und Organisationen	1657
§ 73c	Zusammenarbeit mit externen Dienstleistungserbringern	1663
§ 74	Beteiligung des Bundes; Weisungsbefugnis	1665

Abschnitt 1a. Durchbeförderung

§ 74a	Durchbeförderung von Ausländern	1672
-------	---------------------------------------	------

Abschnitt 2. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

§ 75	Aufgaben	1679
§ 76	(weggefallen)	1689

Abschnitt 3. Verwaltungsverfahren

§ 77	Schriftform; Ausnahme von Formerfordernissen	1689
§ 78	Dokumente mit elektronischem Speicher- und Verarbeitungsmedium	1692
§ 78a	Vordrucke für Aufenthaltstitel in Ausnahmefällen, Ausweisersatz und Bescheinigungen	1695
§ 79	Entscheidung über den Aufenthalt	1697
§ 80	Handlungsfähigkeit	1700
§ 81	Beantragung des Aufenthaltstitels	1702
§ 81a	Beschleunigtes Fachkräfteverfahren	1710
§ 82	Mitwirkung des Ausländers	1716

	Seite
§ 83	Beschränkung der Anfechtbarkeit 1722
§ 84	Wirkungen von Widerspruch und Klage 1723
§ 85	Berechnung von Aufenthaltszeiten 1729
§ 85a	Verfahren bei konkreten Anhaltspunkten einer missbräuchlichen Anerkennung der Vaterschaft 1730

Abschnitt 4. Datenschutz

§ 86	Erhebung personenbezogener Daten 1734
§ 86a	Erhebung personenbezogener Daten zu Förderungen der freiwilligen Ausreise und Reintegration 1734
§ 87	Übermittlungen an Ausländerbehörden 1736
§ 88	Übermittlungen bei besonderen gesetzlichen Verarbeitungsregelungen 1738
§ 88a	Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit Integrationsmaßnahmen 1739
§ 89	Verfahren bei identitätsüberprüfenden, -feststellenden und -sichernden Maßnah- men 1741
§ 89a	aufgehoben 1743
§ 90	Übermittlungen durch Ausländerbehörden 1743
§ 90a	Mitteilungen der Ausländerbehörden an die Meldebehörden 1744
§ 90b	Datenabgleich zwischen Ausländer- und Meldebehörden 1745
§ 90c	Datenübermittlungen im Visumverfahren über das Auswärtige Amt 1746
§ 91	Speicherung und Löschung personenbezogener Daten 1746
§ 91a	Register zum vorübergehenden Schutz 1747
§ 91b	Datenübermittlung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als natio- nale Kontaktstelle 1748
§ 91c	Innergemeinschaftliche Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie 2003/109/ EG 1749
§ 91d	Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie (EU) 2016/801 1751
§ 91e	Gemeinsame Vorschriften für das Register zum vorübergehenden Schutz und zu innergemeinschaftlichen Datenübermittlungen 1753
§ 91f	Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie 2009/50/EG innerhalb der Europä- ischen Union 1753
§ 91g	Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie 2014/66/EU 1754

Kapitel 8. Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration

§ 92	Amt der Beauftragten 1757
§ 93	Aufgaben 1758
§ 94	Amtsbefugnisse 1759

Kapitel 9. Straf- und Bußgeldvorschriften

§ 95	Strafvorschriften 1761
§ 96	Einschleusen von Ausländern 1779
§ 97	Einschleusen mit Todesfolge; gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen 1787
§ 97a	Geheimhaltungspflichten 1789
§ 98	Bußgeldvorschriften 1791

Kapitel 9a. Rechtsfolgen bei illegaler Beschäftigung

§ 98a	Vergütung 1795
§ 98b	Ausschluss von Subventionen 1796
§ 98c	Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge 1796

Kapitel 10. Verordnungsermächtigungen; Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 99	Verordnungsermächtigung 1797
§ 100	Sprachliche Anpassung 1801
§ 101	Fortgeltung bisheriger Aufenthaltsrechte 1802
§ 102	Fortgeltung ausländerrechtlicher Maßnahmen und Anrechnung 1804
§ 103	Anwendung bisherigen Rechts 1805
§ 104	Übergangsregelungen 1805
§ 104a	Altfallregelung 1811

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 104b Aufenthaltsrecht für integrierte Kinder von geduldeten Ausländern	1814
§ 105 Übergangsregelung zur Duldung für Personen mit ungeklärter Identität	1814
§ 105a Bestimmungen zum Verwaltungsverfahren	1815
§ 105b Übergangsvorschrift für Aufenthaltstitel nach einheitlichem Vordruckmuster	1815
§ 105c Überleitung von Maßnahmen zur Überwachung ausgewiesener Ausländer aus Gründen der inneren Sicherheit	1816
§ 106 Einschränkung von Grundrechten	1816
§ 107 Stadtstaatenklausel	1817

Aufenthaltsverordnung (AufenthV)

– in Auszügen kommentiert –

Kapitel 2. Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet

Abschnitt 1. Passpflicht für Ausländer

§ 5 Allgemeine Voraussetzungen der Ausstellung des Reiseausweises für Ausländer ...	1817
---	------

Abschnitt 2. Befreiung vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels

Unterabschnitt 1. Allgemeine Regelungen

§ 15 Gemeinschaftsrechtliche Regelung der Kurzaufenthalte	1826
§ 17 Nichtbestehen der Befreiung bei Erwerbstätigkeit während eines Kurzaufenthalts .	1833

Unterabschnitt 2. Befreiungen für Inhaber bestimmter Ausweise

§ 18 Befreiung für Inhaber von Reiseausweisen für Flüchtlinge und Staatenlose	1837
---	------

Abschnitt 3. Visumverfahren

§ 31 Zustimmung der Ausländerbehörde zur Visumerteilung	1840
---	------

Abschnitt 4. Einholung des Aufenthaltstitels im Bundesgebiet

§ 39 Verlängerung eines Aufenthalts im Bundesgebiet für längerfristige Zwecke	1849
§ 40 Verlängerung eines visumfreien Kurzaufenthalts	1863
§ 41 Vergünstigung für Angehörige bestimmter Staaten	1865

Asylrecht

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG)

– in Auszügen kommentiert –

Art. 4 Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, Kriegsdienstverweigerung	1870
Art. 16 Ausbürgerung, Auslieferung	1872
Art. 16a Asylrecht	1873

Asylgesetz (AsylG)

Abschnitt 1. Geltungsbereich

§ 1 Geltungsbereich	1876
---------------------------	------

Abschnitt 2. Schutzgewährung

Unterabschnitt 1. Asyl

§ 2 Rechtsstellung Asylberechtigter	1880
---	------

Unterabschnitt 2. Internationaler Schutz

§ 3 Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft	1883
§ 3a Verfolgungshandlungen	1902
§ 3b Verfolgungsgründe	1915
§ 3c Akteure, von denen Verfolgung ausgehen kann	1924
§ 3d Akteure, die Schutz bieten können	1928
§ 3e Interner Schutz	1934
§ 4 Subsidiärer Schutz	1950

Abschnitt 3. Allgemeine Bestimmungen

§ 5 Bundesamt	1966
---------------------	------

		Seite
§ 6	Verbindlichkeit asylrechtlicher Entscheidungen	1969
§ 7	Erhebung personenbezogener Daten	1971
§ 8	Übermittlung personenbezogener Daten	1975
§ 9	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen	1978
§ 10	Zustellungs Vorschriften	1980
§ 11	Ausschluss des Widerspruchs	1983
§ 11a	Vorübergehende Aussetzung von Entscheidungen	1984

Abschnitt 4. Asylverfahren

Unterabschnitt 1. Allgemeine Verfahrensvorschriften

§ 12	Handlungsfähigkeit	1985
§ 12a	Asylverfahrensberatung	1988
§ 13	Asylantrag	1994
§ 14	Antragstellung	1996
§ 14a	Familieneinheit	1997
§ 15	Allgemeine Mitwirkungspflichten	1999
§ 15a	Auswertung von Datenträgern	2000
§ 16	Sicherung, Feststellung und Überprüfung der Identität	2002
§ 17	Sprachmittler	2006

Unterabschnitt 2. Einleitung des Asylverfahrens

§ 18	Aufgaben der Grenzbehörde	2007
§ 18a	Verfahren bei Einreise auf dem Luftwege	2017
§ 19	Aufgaben der Ausländerbehörde und der Polizei	2031
§ 20	Weiterleitung an eine Aufnahmeeinrichtung	2033
§ 21	Verwahrung und Weitergabe von Unterlagen	2035
§ 22	Meldepflicht	2038
§ 22a	Übernahme zur Durchführung eines Asylverfahrens	2040

Unterabschnitt 3. Verfahren beim Bundesamt

§ 23	Antragstellung bei der Außenstelle	2042
§ 24	Pflichten des Bundesamtes	2044
§ 25	Anhörung	2050
§ 26	Familienasyl und internationaler Schutz für Familienangehörige	2061
§ 26a	Sichere Drittstaaten	2073
§ 27	Anderweitige Sicherheit vor Verfolgung	2077
§ 27a	aufgehoben	2084
§ 28	Nachfluchtatbestände	2084
§ 29	Unzulässige Anträge	2094
§ 29a	Sicherer Herkunftsstaat; Bericht; Verordnungsermächtigung	2100
§ 30	Offensichtlich unbegründete Asylanträge	2104
§ 30a	Beschleunigte Verfahren	2120
§ 31	Entscheidung des Bundesamtes über Asylanträge	2127
§ 32	Entscheidung bei Antragsrücknahme oder Verzicht	2145
§ 32a	Ruhen des Verfahrens	2154
§ 33	Nichtbetreiben des Verfahrens	2159

Unterabschnitt 4. Aufenthaltsbeendigung

§ 34	Abschiebungsandrohung	2182
§ 34a	Abschiebungsanordnung	2187
§ 35	Abschiebungsandrohung bei Unzulässigkeit des Asylantrags	2191
§ 36	Verfahren bei Unzulässigkeit nach § 29 Absatz 1 Nummer 2 und 4 und bei offensichtlich Unbegründetheit	2193
§ 37	Weiteres Verfahren bei stattgebender gerichtlicher Entscheidung	2198
§ 38	Ausreisefrist bei sonstiger Ablehnung und bei Rücknahme des Asylantrags	2200
§ 39	aufgehoben	2201
§ 40	Unterrichtung der Ausländerbehörde	2202
§ 41	(weggefallen)	2203

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 42 Bindungswirkung ausländerrechtlicher Entscheidungen	2203
§ 43 Vollziehbarkeit und Aussetzung der Abschiebung	2205
§ 43a (weggefallen)	2207
§ 43b (weggefallen)	2207

Abschnitt 5. Unterbringung und Verteilung

§ 44 Schaffung und Unterhaltung von Aufnahmeeinrichtungen	2207
§ 45 Aufnahmequoten	2212
§ 46 Bestimmung der zuständigen Aufnahmeeinrichtung	2213
§ 47 Aufenthalt in Aufnahmeeinrichtungen	2217
§ 48 Beendigung der Verpflichtung, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen	2229
§ 49 Entlassung aus der Aufnahmeeinrichtung	2231
§ 50 Landesinterne Verteilung	2234
§ 51 Länderübergreifende Verteilung	2244
§ 52 Quotenanrechnung	2248
§ 53 Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften	2248
§ 54 Unterrichtung des Bundesamtes	2256

Abschnitt 6. Recht des Aufenthalts während des Asylverfahrens

§ 55 Aufenthaltsgestattung	2256
§ 56 Räumliche Beschränkung	2265
§ 57 Verlassen des Aufenthaltsbereichs einer Aufnahmeeinrichtung	2270
§ 58 Verlassen eines zugewiesenen Aufenthaltsbereichs	2275
§ 59 Durchsetzung der räumlichen Beschränkung	2281
§ 59a Erlöschen der räumlichen Beschränkung	2285
§ 59b Anordnung der räumlichen Beschränkung	2288
§ 60 Auflagen	2294
§ 61 Erwerbstätigkeit	2301
§ 62 Gesundheitsuntersuchung	2317
§ 63 Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung	2320
§ 63a Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender	2325
§ 64 Ausweispflicht	2331
§ 65 Herausgabe des Passes	2333
§ 66 Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung	2337
§ 67 Erlöschen der Aufenthaltsgestattung	2340
§§ 68-70 (weggefallen)	2347

Abschnitt 7. Folgeantrag, Zweitantrag

§ 71 Folgeantrag	2347
§ 71a Zweitantrag	2357

Abschnitt 8. Erlöschen der Rechtsstellung

§ 72 Erlöschen	2363
§ 73 Widerruf und Rücknahme der Asylberechtigung und der Flüchtlingseigenschaft ..	2368
§ 73a Ausländische Anerkennung als Flüchtling	2381
§ 73b Widerruf und Rücknahme des subsidiären Schutzes	2383
§ 73c Widerruf und Rücknahme von Abschiebungsverboten	2387

Abschnitt 9. Gerichtsverfahren

Einführung zu den §§ 74 ff. AsylG	2390
§ 74 Klagefrist, Zurückweisung verspäteten Vorbringens	2392
§ 75 Aufschiebende Wirkung der Klage	2394
§ 76 Einzelrichter	2395
§ 77 Entscheidung des Gerichts	2397
§ 78 Rechtsmittel	2399
§ 79 Besondere Vorschriften für das Berufungsverfahren	2411
§ 80 Ausschluss der Beschwerde	2412
§ 80a Ruhen des Verfahrens	2413

		Seite
§ 81	Nichtbetreiben des Verfahrens	2414
§ 82	Akteneinsicht in Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes	2415
§ 83	Besondere Spruchkörper	2416
§ 83a	Unterrichtung der Ausländerbehörde	2417
§ 83b	Gerichtskosten, Gegenstandswert	2417
§ 83c	Anwendbares Verfahren für die Anordnung und Befristung von Einreise- und Aufenthaltsverboten	2418

Abschnitt 10. Straf- und Bußgeldvorschriften

§ 84	Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung	2418
§ 84a	Gewerbs- und bandenmäßige Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung	2422
§ 85	Sonstige Straftaten	2422
§ 86	Bußgeldvorschriften	2424

Abschnitt 11. Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 87	Übergangsvorschriften	2425
§ 87a	Übergangsvorschriften aus Anlass der am 1. Juli 1993 in Kraft getretenen Änderungen	2427
§ 87b	Übergangsvorschrift aus Anlass der am 1. September 2004 in Kraft getretenen Änderungen	2428
§ 87c	Übergangsvorschriften aus Anlass der am 6. August 2016 in Kraft getretenen Änderungen	2429
§ 88	Verordnungsermächtigungen	2431
§ 88a	Bestimmungen zum Verwaltungsverfahren	2432
§ 89	Einschränkung von Grundrechten	2433
§ 90	außer Kraft	2434
Anlage I	2434
Anlage II	2434

**Asylbewerberleistungsrecht und Sozialrecht
Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)**

§ 1	Leistungsberechtigte	2435
§ 1a	Anspruchseinschränkung	2444
§ 2	Leistungen in besonderen Fällen	2457
§ 3	Grundleistungen	2467
§ 3a	Bedarfssätze der Grundleistungen	2475
§ 4	Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt	2479
§ 5	Arbeitsgelegenheiten	2483
§ 5a	Arbeitsgelegenheiten auf der Grundlage des Arbeitsmarktprogramms Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen	2486
§ 5b	Sonstige Maßnahmen zur Integration	2492
§ 6	Sonstige Leistungen	2496
§ 6a	Erstattung von Aufwendungen anderer	2502
§ 6b	Einsetzen der Leistungen	2502
§ 7	Einkommen und Vermögen	2503
§ 7a	Sicherheitsleistung	2514
§ 7b	aufgehoben	2516
§ 8	Leistungen bei Verpflichtung Dritter	2516
§ 8a	Meldepflicht	2518
§ 9	Verhältnis zu anderen Vorschriften	2519
§ 10	Bestimmungen durch Landesregierungen	2523
§ 10a	Örtliche Zuständigkeit	2524
§ 10b	Kostenerstattung zwischen den Leistungsträgern	2529
§ 11	Ergänzende Bestimmungen	2530
§ 12	Asylbewerberleistungsstatistik	2537
§ 13	Bußgeldvorschrift	2539
§ 14	Dauer der Anspruchseinschränkung	2540
§ 15	Übergangsregelung zum Zweiten Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht	2542

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende – – in Auszügen kommentiert –	
§ 7 Leistungsberechtigte	2543
Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) – Sozialhilfe – – in Auszügen kommentiert –	
§ 23 Sozialhilfe für Ausländerinnen und Ausländer	2572
Sozialgerichtsgesetz (SGG) – in Auszügen kommentiert –	
§ 78 Vorverfahren als Klagevoraussetzung	2603
§ 86a Aufschiebende Wirkung	2611
§ 86b Einstweilige Maßnahmen	2624
§ 90 Klageerhebung	2639
Migrationsrechtliche Bezüge des Strafrechts Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) – in Auszügen kommentiert –	
Art. 103 Grundrechte vor Gericht	2645
Straf- und Strafprozessrecht Strafgesetzbuch (StGB) – in Auszügen kommentiert –	
Allgemeiner Teil	
§ 17 Verbotsirrtum	2646
§ 32 Notwehr	2648
§ 33 Überschreitung der Notwehr	2648
§ 34 Rechtfertigender Notstand	2648
§ 35 Entschuldigender Notstand	2648
§ 46 Grundsätze der Strafzumessung	2649
§ 51 Anrechnung	2653
§ 56 Strafaussetzung	2655
§ 57 Aussetzung des Strafrestes bei zeitiger Freiheitsstrafe	2656
§ 57a Aussetzung des Strafrestes bei lebenslanger Freiheitsstrafe	2658
§ 63 Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus	2659
§ 64 Unterbringung in einer Entziehungsanstalt	2660
§ 66 Unterbringung in der Sicherungsverwahrung	2660
§ 69 Entziehung der Fahrerlaubnis	2661
§ 69a Sperre für die Erteilung einer Fahrerlaubnis	2662
§ 69b Wirkung der Entziehung bei einer ausländischen Fahrerlaubnis	2663
Besonderer Teil	
§ 170 Verletzung der Unterhaltspflicht	2664
§ 172 Doppelhehe; doppelte Lebenspartnerschaft	2664
§ 211 Mord	2665
§ 212 Totschlag	2666
§ 235 Entziehung Minderjähriger	2666
§ 237 Zwangsheirat	2668
§ 267 Urkundenfälschung	2669
§ 271 Mittelbare Falschbeurkundung	2669
§ 273 Verändern von amtlichen Ausweisen	2670
§ 274 Urkundenunterdrückung; Veränderung einer Grenzbezeichnung	2671
§ 276 Verschaffen von falschen amtlichen Ausweisen	2671
§ 281 Mißbrauch von Ausweispapieren	2672
Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (BtMG) – in Auszügen kommentiert –	
§ 35 Zurückstellung der Strafvollstreckung	2673

Straßenverkehrsgesetz (StVG)

– in Auszügen kommentiert –

§ 21 Fahren ohne Fahrerlaubnis 2675

Strafprozeßordnung (StPO)

– in Auszügen kommentiert –

§ 112 Voraussetzungen der Untersuchungshaft; Haftgründe 2680
 § 127b Vorläufige Festnahme und Haftbefehl bei beschleunigtem Verfahren 2681
 § 140 Notwendige Verteidigung 2682
 § 153a Absehen von der Verfolgung unter Auflagen und Weisungen 2686
 § 153c Absehen von der Verfolgung bei Auslandstaten 2687
 § 154 Teileinstellung bei mehreren Taten 2688
 § 154b Absehen von der Verfolgung bei Auslieferung und Ausweisung 2689
 § 261 Grundsatz der freien richterlichen Beweiswürdigung 2690
 § 456a Absehen von Vollstreckung bei Auslieferung, Überstellung oder Ausweisung 2693

Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)

– in Auszügen kommentiert –

§ 185 Dolmetscher 2695

Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung – Strafvollzugsgesetz (StVollzG)

– in Auszügen kommentiert –

§ 10 Offener und geschlossener Vollzug 2700
 § 11 Lockerungen des Vollzuges 2702

Jugendgerichtsgesetz (JGG)

– in Auszügen kommentiert –

§ 3 Verantwortlichkeit 2704
 § 68 Notwendige Verteidigung 2704
 § 105 Anwendung des Jugendstrafrechts auf Heranwachsende 2705

Vertriebenenrecht

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG)

– in Auszügen kommentiert –

Art. 116 Deutsche Staatsangehörigkeit 2708

Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (BVFG)

Erster Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Vertriebener 2709
 § 2 Heimatvertriebener 2710
 § 3 Sowjetzonenflüchtling 2711
 § 4 Spätaussiedler 2711
 § 5 Ausschluss 2715
 § 6 Volkszugehörigkeit 2718

Zweiter Abschnitt. Verteilung, Rechte und Vergünstigungen

§ 7 Grundsatz 2722
 § 8 Verteilung 2723
 § 9 Hilfen 2725
 § 10 Prüfungen und Befähigungsnachweise 2728
 § 11 Leistungen bei Krankheit 2729
 § 12 (weggefallen) 2730
 § 13 Gesetzliche Rentenversicherung, gesetzliche Unfallversicherung 2730
 § 14 Förderung einer selbständigen Erwerbstätigkeit 2730
 § 15 Bescheinigungen 2731
 § 16 Datenschutz 2734

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§§ 17–20 (weggefallen)	2734
Dritter Abschnitt. Behörden und Beiräte	
§§ 21–25 (weggefallen)	2735
Vierter Abschnitt. Aufnahme	
§ 26 Aufnahmebescheid	2735
§ 27 Anspruch	2735
§ 28 Verfahren	2740
§ 29 Datenschutz	2740
§§ 30–93 (weggefallen)	2741
Fünfter Abschnitt. Namensführung, Beratung	
§ 94 Familiennamen und Vornamen	2741
§ 95 Unentgeltliche Beratung	2742
Sechster Abschnitt. Kultur, Forschung und Statistik	
§ 96 Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und Förderung der wissenschaftlichen Forschung	2742
§ 97 Statistik	2742
Siebter Abschnitt. Strafbestimmungen	
§ 98 Erschleichung von Vergünstigungen	2743
§ 99 Pflichtverletzung von Verwaltungsangehörigen	2743
Achter Abschnitt. Übergangs- und Schlussvorschriften	
§ 100 Anwendung des bisherigen Rechts	2743
§ 100a Übergangsregelung	2744
§ 100b Anwendungsvorschrift	2744
§ 101 Geltung für Lebenspartner	2745
§ 102 (weggefallen)	2745
§ 103 Kostentragung	2745
§ 104 Allgemeine Verwaltungsvorschriften	2745
§§ 105–107 (weggefallen)	2745
Datenschutzrechtlich relevante Bestimmungen	
Einführung in das Datenschutzrecht	2746
Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (DS-GVO)	
– in Auszügen kommentiert –	
Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen	
Art. 1 Gegenstand und Ziele	2748
Art. 2 Sachlicher Anwendungsbereich	2749
Art. 3 Räumlicher Anwendungsbereich	2750
Art. 4 Begriffsbestimmungen	2750
Kapitel II. Grundsätze	
Art. 5 Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	2756
Art. 6 Rechtmäßigkeit der Verarbeitung	2758
Art. 9 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	2762
Art. 10 Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten	2766
Art. 11 Verarbeitung, für die eine Identifizierung der betroffenen Person nicht erforderlich ist	2767

Kapitel III. Rechte der betroffenen Person

Abschnitt 1. Transparenz und Modalitäten

Art. 12 Transparente Information, Kommunikation und Modalitäten für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person 2768

Abschnitt 2. Informationspflicht und Recht auf Auskunft zu personenbezogenen Daten

Art. 13 Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person 2771

Art. 14 Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden 2772

Art. 15 Auskunftsrecht der betroffenen Person 2774

Abschnitt 3. Berichtigung und Löschung

Art. 16 Recht auf Berichtigung 2776

Art. 17 Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“) 2777

Kapitel V. Übermittlungen personenbezogener Daten an Drittländer oder an internationale Organisationen

Art. 44 Allgemeine Grundsätze der Datenübermittlung 2779

Art. 45 Datenübermittlung auf der Grundlage eines Angemessenheitsbeschlusses 2780

Art. 46 Datenübermittlung vorbehaltlich geeigneter Garantien 2782

Art. 48 Nach dem Unionsrecht nicht zulässige Übermittlung oder Offenlegung 2783

Art. 49 Ausnahmen für bestimmte Fälle 2784

Art. 50 Internationale Zusammenarbeit zum Schutz personenbezogener Daten 2786

Kapitel VIII. Rechtsbehelfe, Haftung und Sanktionen

Art. 77 Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde 2787

Art. 78 Recht auf wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen eine Aufsichtsbehörde 2788

Art. 79 Recht auf wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen Verantwortliche oder Auftragsverarbeiter 2790

Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

– in Auszügen kommentiert –

Teil 1. Gemeinsame Bestimmungen

Kapitel 1. Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen

§ 1 Anwendungsbereich des Gesetzes 2792

§ 2 Begriffsbestimmungen 2794

Kapitel 2. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten

§ 3 Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen 2795

Kapitel 3. Datenschutzbeauftragte öffentlicher Stellen

§ 6 Stellung 2796

§ 7 Aufgaben 2798

Kapitel 6. Rechtsbehelfe

§ 20 Gerichtlicher Rechtsschutz 2800

Teil 2 Durchführungsbestimmungen zu. Zwecken gemäß Artikel 2 der Verordnung (EU) 2016/679

Kapitel 1. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten

Abschnitt 1. Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten und Verarbeitung zu anderen Zwecken

§ 22 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten 2801

§ 23 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch öffentliche Stellen 2803

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 25 Datenübermittlungen durch öffentliche Stellen	2804
Kapitel 2. Rechte der betroffenen Person	
§ 32 Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person	2805
§ 33 Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	2807
§ 34 Auskunftsrecht der betroffenen Person	2808
§ 35 Recht auf Löschung	2809
§ 36 Widerspruchsrecht	2810
Teil 3 Bestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 1 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2016/680	
Kapitel 1. Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen und allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	
§ 45 Anwendungsbereich	2811
§ 46 Begriffsbestimmungen	2812
§ 47 Allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	2814
Kapitel 2. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	
§ 48 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	2814
§ 49 Verarbeitung zu anderen Zwecken	2815
§ 51 Einwilligung	2816
§ 52 Verarbeitung auf Weisung des Verantwortlichen	2817
§ 53 Datengeheimnis	2817
§ 54 Automatisierte Einzelentscheidung	2818
Kapitel 3. Rechte der betroffenen Person	
§ 55 Allgemeine Informationen zu Datenverarbeitungen	2819
§ 56 Benachrichtigung betroffener Personen	2819
§ 57 Auskunftsrecht	2820
§ 58 Rechte auf Berichtigung und Löschung sowie Einschränkung der Verarbeitung ..	2822
§ 59 Verfahren für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person	2824
§ 60 Anrufung der oder des Bundesbeauftragten	2824
§ 61 Rechtsschutz gegen Entscheidungen der oder des Bundesbeauftragten oder bei deren oder dessen Untätigkeit	2825
Kapitel 5. Datenübermittlungen an Drittstaaten und an internationale Organisationen	
§ 78 Allgemeine Voraussetzungen	2826
§ 79 Datenübermittlung bei geeigneten Garantien	2828
§ 80 Datenübermittlung ohne geeignete Garantien	2829
§ 81 Sonstige Datenübermittlung an Empfänger in Drittstaaten	2830
Sachverzeichnis	2833